



Amtsblatt für Brandenburg

Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

12. Jahrgang

Potsdam, den 25. April 2001

Nummer 17

Inhalt	Seite
Ministerpräsident	
Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung über den Kompetenznachweis und die Notifizierung von Prüflaboratorien und Messstellen im gesetzlich geregelten Umweltbereich	278
Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	
Berichtigung der Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte	279
Beilage: Amtlicher Anzeiger Nr. 17/2001	

**Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung
über den Kompetenznachweis und die Notifizierung
von Prüflaboratorien und Messstellen im
gesetzlich geregelten Umweltbereich**

Vom 6. April 2001

Die in Potsdam am 29. November 1999 unterzeichnete Verwaltungsvereinbarung über den Kompetenznachweis und die Notifizierung von Prüflaboratorien und Messstellen im gesetzlich geregelten Umweltbereich ist nach ihrem § 9 am 16. Januar 2001 in Kraft getreten. Die Verwaltungsvereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Potsdam, den 6. April 2001

Der Ministerpräsident

Manfred Stolpe

**Verwaltungsvereinbarung über den
Kompetenznachweis und die Notifizierung
von Prüflaboratorien und Messstellen im
gesetzlich geregelten Umweltbereich**

Die Länder

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

jeweils vertreten durch die für Umweltschutz zuständigen Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren

schließen nachfolgende Verwaltungsvereinbarung:

§ 1

Zweckbestimmung, Anwendungsbereich

(1) Ziel dieser Vereinbarung ist die Vereinheitlichung der Anforderungen an die Kompetenz und deren Nachweis als Voraussetzung für die Notifizierung von Prüflaboratorien und Messstellen im Umweltbereich, um einheitliche Qualitätsanforderungen an die Durchführung von Untersuchungen durch Prüflaboratorien und Messstellen sicherzustellen. Sie soll es ermöglichen, die verschiedenen Umweltbereiche in einem einheitlichen Rahmen zu behandeln und vorhandene Akkreditierungssysteme für die Notifizierung zu nutzen.

(2) Diese Vereinbarung findet Anwendung, soweit abfallrechtlich, bodenschutzrechtlich, chemikalienrechtlich, immissionsschutzrechtlich und wasserrechtlich geregelt ist, dass bestimmte Prüf- und Überwachungsaufgaben von notifizierten Prüflaboratorien oder Messstellen durchzuführen sind oder durchgeführt werden können, soweit nicht Sonderregelungen bestehen.

(3) Die Befugnis zur Notifizierung bleibt den Ländern vorbehalten.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Akkreditierung im Sinne dieser Verwaltungsvereinbarung ist die formelle Anerkennung der Kompetenz eines Prüflaboratoriums oder einer Messstelle durch ein evaluiertes Akkreditierungssystem, bestimmte Prüfungen oder Prüfungsarten auszuführen. Sie richtet sich nach der DIN EN 45 000 ff.

(2) Notifizierung im Sinne dieser Verwaltungsvereinbarung ist der Verwaltungsakt der jeweils zuständigen Landesbehörde zur Anerkennung, Zulassung, Benennung oder Bekanntgabe der Prüflaboratorien und Messstellen nach den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

§ 3

Grundsatz

Soweit bestimmte gesetzlich geregelte Prüf- und Überwachungsaufgaben von Prüflaboratorien und Messstellen im Sinne von § 1 Abs. 2 durchgeführt werden, sollen die dafür erforderlichen Maßnahmen und Untersuchungen nur von Prüflaboratorien und Messstellen vorgenommen werden, deren Kompetenz nachgewiesen ist (§ 4).

§ 4

Anforderungen an die Kompetenz und deren Nachweis

(1) Die Prüflaboratorien und Messstellen müssen den für die jeweilige Aufgabe erforderlichen materiellen Anforderungen nach DIN EN 45 001 und den von den Ländern nach § 1 Abs. 2 festgelegten bereichsspezifischen Anforderungen (fachliche Einzelmodule) für die in § 1 Abs. 2 aufgeführten Bereiche entsprechen.

(2) Die Erfüllung der Anforderungen nach Abs. 1 ist als Voraussetzung einer Notifizierung nachzuweisen (Kompetenznachweis).

(3) Den Prüflaboratorien und Messstellen steht es bei einer beantragten Notifizierung frei, für den Kompetenznachweis nach Abs. 2 eine vom Land benannte Stelle oder ein evaluiertes Akkreditierungssystem auf eigene Kosten zu beauftragen.

(4) Der Kompetenznachweis ist entsprechend den fachlichen Einzelmodulen zu wiederholen.

§ 5

Berücksichtigung bestehender Akkreditierungen

Bei einer Notifizierung werden vorhandene Akkreditierungen auf Antrag berücksichtigt. Die Akkreditierung durch ein evaluiertes Akkreditierungssystem muss gültig, vollständig und für die Untersuchungsaufgaben anwendbar sein.

§ 6

Gegenseitige Anerkennung und Bekanntgabe von Notifizierungen

(1) Die Kompetenzfeststellungen für eine Notifizierung werden von den Ländern gegenseitig anerkannt.

(2) Die Länder unterrichten sich gegenseitig über die Notifizierungen und die Ergebnisse wiederkehrender Kompetenzprüfungen.

(3) Die Länder unterstützen sich gegenseitig bei der Ermittlung und Bewertung der für die Notifizierung erforderlichen Daten.

§ 7

Staatliche Laboratorien

Die Anforderungen an die Kompetenz nach § 4 sollen auch von den staatlichen Messstellen und Prüflaboratorien erfüllt werden.

§ 8

Akkreditierung nach erfolgter Notifizierung

Die Länder streben eine Vereinbarung mit den vorhandenen Akkreditierungssystemen darüber an, dass diese bei einer Akkreditierung die erforderliche Kompetenz nach § 4 Abs. 1 sicherstellen und dass bei einer beantragten Akkreditierung und vorliegenden Notifizierung die gültigen, vollständigen und positiven

Ergebnisse eines zur Notifizierung durchgeführten Kompetenznachweises berücksichtigt werden.

§ 9

In-Kraft-Treten

Diese Vereinbarung tritt mit Unterzeichnung durch alle Länder in Kraft.

Potsdam, den 29. November 1999

Für das Land Brandenburg

Minister für Landwirtschaft,
Umweltschutz und Raumordnung

Wolfgang Birthler

Berichtigung der Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte

Die Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte vom 23. Februar 2001 (ABl. S. 238) wird wie folgt berichtigt:

In Nummer 1 - Zweck, Rechtsgrundlage - Abs. 4 muss es statt „Es gelten die Bedingungen und Beihilfesätze des Kapitels VI ...“ wie folgt heißen: „Es gelten die Bedingungen und Beihilfesätze des Kapitels VII ...“.

In Nummer 5.4 muss es statt „... des Anhangs II des Vertrages ...“ wie folgt heißen: „... des Anhangs I des Vertrages ...“.

Amtsblatt für Brandenburg

Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgeber: Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 110,- DM (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24-25, Haus 2,
14476 Golm (bei Potsdam), Telefon Potsdam (03 31) 56 89 - 0